



**Rede von
Guido van den Berg MdL**

**Aktuelle Stunde
auf Antrag der Fraktion der PIRATEN**

**„Folgen des Atomausstiegs für NRW – NRW braucht
Transparenz bei den Zukunftslasten in Milliardenhöhe“**

Drucksache 16/5843

**am Donnerstag, 15. Mai 2014
im Landtag von Nordrhein-Westfalen
in Düsseldorf
(in APr 16/59)**

www.guido-vandenbergh.de

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Duin. – Da die CDU zurzeit keinen zweiten Redner gemeldet hat, hat jetzt für die SPD-Fraktion Herr van den Berg das Wort.

Guido van den Berg (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei Herrn Schulz vorhin habe ich natürlich viel Leidenschaft herausgehört. Natürlich möchte keiner, dass die Kosten auf die Allgemeinheit abgewälzt werden. Ich habe das aus keinem der Wortbeiträge der Fraktionen hier im Hause wahrgenommen, auch nicht aus denen der Regierung.

(Dietmar Schulz [PIRATEN]: Das wäre ja auch noch schöner!)

Gewinne privatisieren, Kosten sozialisieren – natürlich mit mir nicht! Das sage ich auch als überzeugter Sozialdemokrat.

Aber, Herr Schulz, ein Stück weit müssen wir Selbstwahrnehmung und Fremdwahrnehmung an der Stelle auch mal ansprechen. Sie sagen: Das droht, und die einzigen, die hier mahnen, stehen an diesem Pult. Es sind die Piraten, die sich hier mahnend hinstellen.

(Dietmar Schulz [PIRATEN]: Von „einzigem“ war nicht die Rede!)

– Ja, ja, lesen Sie Ihre Rede nach. Sie haben gesagt, Sie stehen mahnend hier und wollen uns das verkünden.

(Dietmar Schulz [PIRATEN]: Aber nicht alleine!)

Max Weber hat mal auf den Punkt gebracht, was einen guten Politiker ausmacht: Leidenschaft und Augenmaß! – Das Augenmaß vermisse ich an dieser Stelle sehr deutlich bei Ihnen.

(Beifall von der SPD – Dietmar Schulz [PIRATEN]: Dann bleiben Sie auch dabei!
Was soll die persönliche Angreiferei hier? Das ist doch Käse! Bleiben Sie sachlich! –
Weitere Zurufe von der SPD und den PIRATEN)

– Ich komme mal zum Augenmaß und zu der Sachlichkeit, die Sie einfordern, Herr Schulz.

(Zurufe von der SPD)

36 Milliarden € – diese Summe ist zum Teil in Rückstellungen gebunden, die nicht in Geldform vorliegen, sondern in Form anderer Kraftwerksleistungen. Gleichzeitig soll eine Verhandlungssituation aufgebaut werden – das wird angekündigt –, in der man künftige Einnahmen aus Atomkraftwerken mit verrechnen und – das fand ich am spannendsten – in die man die Prozessrisiken einbringen will.

Meine Damen und Herren, das klingt in der Tat dreist. Das hört sich nach Ablasshandel an. Denn ein Prozessrisiko in geschätzter Höhe von 15 Milliarden € kann nicht ernsthaft ein Gegenwert bei Verhandlungen sein. Schließlich liegen diese 15 Milliarden € niemals auf der Haben-Seite für den Rückbau von Anlagen oder für die Lösung der Endlagerproblematik vor. Deswegen ist das eher eine Drohung.

Andere sprechen vielleicht sogar von Erpressung. Das ist keine Frage. Umgekehrt muss man sich aber auch fragen, Herr Schulz: Ist es falsch, wenn die Energiewirtschaft jetzt wieder ernsthaft mit der Politik in Gespräche über diese sensible Frage kommt? Ich sage: Das ist sinnvoll.

Herr Schulz, es ist auch nicht so – das haben Sie vorhin gesagt und dabei aus einer Drucksache zitiert –, als hätten Sie jetzt die Fondslösung erfunden. Greenpeace hat das schon vor zwei Jahren in die Debatte eingebracht. Es gibt auch andere politische Kräfte im Saal, die da eher das Urheberrecht für sich reklamieren können als die Piratenfraktion.

(Dietmar Schulz [PIRATEN]: Warum haben Sie nicht zugestimmt?)

– Weil wir sensibel mit der Frage umgehen und wir uns auch damit beschäftigen müssen, was eigentlich eine angemessene Lösung ist.

Wenn wir die Ausgabenseite betrachten: Die Risiken des Rückbaus und der Endlagerproblematik sind unübersehbar. Man schätzt zwischen 500 Millionen und 1 Milliarde € pro Meiler. Bei der Frage, wie das Endlager aussehen kann, gibt es Schätzungen, die bis zu 10 Milliarden € hinaufreichen.

Von daher ist es aus meiner Sicht durchaus sinnvoll, sich einmal Gedanken darüber zu machen, ob der Kapitalstock in Höhe von 30 bis 40 Milliarden €, den man jetzt bei Rückstellungen hat, irgendwann einmal wirtschaftlich eingesetzt werden kann, um damit in Zukunft zusätzliche Risiken anzugehen. Ich halte das nicht für eine a priori falsche Überlegung.

Man muss an der Stelle mal herausarbeiten, dass das Problem eigentlich erst dadurch entstanden ist, dass in diesem Lande eine Atompolitik eingeleitet worden ist, die nicht auf dem Wege einer Verhandlungslösung – wie wir es damals bei Rot-Grün versucht haben – zustande gekommen ist, sondern durch einen strikten politischen Eingriff. Die vorherige Atompatronin Angela Merkel wurde quasi über Nacht zur Ausstiegskanzlerin und wollte Ruhe an der Atomfront. Diese hektischen Entscheidungen, dieser Zickzackkurs sind der eigentliche Grund für diese Problematik.

Meine Damen und Herren, deswegen sollten wir eine Risikobewertung in alle Richtungen vornehmen. Wenn Konzerne in völlige Schieflage geraten, werden auch Rückstellungen wertlos. Bereits heute sind massive Abschreibungen auf Kraftwerke vorgenommen worden, die als Rückstellungen dienen sollen. Hier offenbart sich der Konstruktionsfehler der Merkel'schen Energiewende aus dem Jahr 2011: Man erklärt zwar, dass man als Industrieland nicht gleichzeitig aus Atomenergie und Kohle aussteigen könne, man konstruiert diese Wende aber so, dass neben der verordneten Abschaltung der Atomkraftwerke die Deckungsbeiträge aus dem sonstigen Energiepark, aus dem sonstigen Kraftwerkspark massiv abnehmen. Das ist heikel. An dieser Situation sind wir politisch nicht unschuldig. Es gilt also, die Sache nüchtern zu bewerten.

Konzerne, die über Jahrzehnte Gewinne mit Atomenergie eingefahren haben, dürfen in keinem Fall aus ihrer Verantwortung genommen werden. Wir werden auch nicht vergessen, dass die jetzige Konstruktion mit den steuerfreien Rückstellungen faktisch

wirkt wie eine interne Bank. Experten gehen davon aus, dass dies in der Vergangenheit einen zusätzlichen Gewinn von mindestens 50 Milliarden € für die Energiewirtschaft bedeutet hat. Andererseits ist es schwierig, Rückbau und Endlagerung bei den Unternehmen anzusiedeln, die an dieser Technologie und an der Atomwirtschaft faktisch kein eigenes Interesse mehr haben. Das ist eine problematische Situation.

Deswegen unser Appell, nicht gesinnungsethisch an dieses Thema heranzugehen, wie Sie es gemacht haben, Herr Schulz, sondern verantwortungsethisch, wie Max Weber es uns vorgegeben hat. Er hat mal so schön gesagt: Verantwortlich fühlt sich der Gesinnungsethiker nur dafür, dass er die Flamme der reinen Gesinnung – zum Beispiel die Flamme des Protestes – nicht erlöschen lässt.

Wenn man verantwortungsethisch handelt, darf man eben nicht die voraussehbaren Folgen seines Handelns aus dem Blick verlieren. Es ist die Aufgabe von politisch Handelnden, eine Balance zwischen Verantwortungsethik und Gesinnungsethik hinzubekommen. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege van den Berg. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Witzel.